

VO Einführung in das Öffentliche Recht

Graz, 12. Oktober 2024



Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c. BERND WIESER lehrt am Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz.
Mag. MAXIMILIAN ZANKEL ist am Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz tätig.

Öffentliches Recht

Schwerpunkte: Gemeinderat, Landtag, freies Mandat, Landeskompetenzen, Organstrafverfügung, Rechtsschutz

Sachverhalt¹

Cordola (C) ist seit langer Zeit neben ihrem Studium der Rechtswissenschaften Gemeinderätin in einer kleinen Gemeinde in der Steiermark. Da sie es nach eigener Aussage satt hat, nur Gesetze auszuführen, möchte sie für den Landtag kandidieren, um „wirklich was bewegen zu können“.

Frage 1: Welcher Staatsgewalt wird der Gemeinderat zugeordnet und welcher Staatsgewalt wird der Landtag zugeordnet? Warum glaubt C, im Landtag mehr bewegen zu können?

Ihr politischer Widersacher **Aurelius (A)** hält ihrer Aussage entgegen, dass sie dort nichts bewirken könne – zum einen müsse sie immer streng nach Parteilinie abstimmen und dürfe nichts selbst entscheiden, zum anderen habe das Land keine „wichtigen Materien“ über.

Frage 2: Nehmen Sie zu den beiden Aussagen von A Stellung – hat er damit Recht?

C ist ganz empört von diesen Aussagen. Sie erinnert sich zurück an ihre Lehrveranstaltung aus Verfassungsrecht und hält dem entgegen, dass der Landtag nicht nur auf Landesebene erheblichen Einfluss hat, sondern auch einen großen Anteil an der Bundesgesetzgebung hat.

Frage 3: Hat C das noch richtig in Erinnerung? Welchen Einfluss hat der Landtag bei der Bundesgesetzgebung? Durch welches Organ wird dieser Einfluss ausgeübt?

Letztlich schafft es C tatsächlich, in den Landtag einzuziehen. Hierbei ist sie besonders stolz auf die umweltpolitischen Agenden, die ihre Partei auf Bundes- und Landesebene verfolgt. Auf Bundesebene diskutiert ihre Partei gerade ein „Grundrecht auf Klimaschutz“. Es soll im Wesentlichen darauf hinauslaufen, dass der Staat verpflichtet wird, aktiv Klimaschutz zu betreiben und so die Klimaziele einzuhalten.

Frage 4: Was versteht man im österreichischen Verfassungsrecht unter Grundrechten?

Frage 5: Welche Mehrheiten bräuchte es, um ein Grundrecht auf Klimaschutz einzuführen?

Frage 6: Welche Arten von Grundrechten gibt es in Österreich? Wie würden Sie das vorgeschlagene Grundrecht auf Klimaschutz einordnen und warum wäre es in der österreichischen Grundrechtsdogmatik eher unüblich?

Nach einem langen Tag voller intensiver Diskussionen im Landtag fährt C mit ihrem Lastenrad nach Hause. Am Weg wird sie von einem Polizisten in der Grazer Schmidtgasse aufgehalten. Er wirft ihr vor, das Geschwindigkeitslimit von 5 km/h deutlich überschritten zu haben. Er habe es zwar nicht gemessen, aber er erkenne dies aufgrund seiner langjährigen Erfahrung, und so stellt er ihr eine Organstrafverfügung über € 50,- aus. C ist schockiert, dass sie ohne tatsächliche Messung ihrer Geschwindigkeit eine Strafe bekommen hat.

Frage 7: Wie kann sie gegen diese Strafe vorgehen? Wie hat die Behörde daraufhin vorzugehen?

r